Barschel-Tod

Gutachten über Mageninhalt

Die Staatsanwaltschaft Lübeck will mit einem neuen Gutachten endgültig klären, wie der frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel starb. Die toxikologische Untersuchung des Lübecker Gerichtsmediziners Professor Manfred Oehmichen wurde erst möglich, weil die Schweizer Justiz überraschend ihren Lübecker Kollegen Beweismittel zur Verfügung stellte – darunter Blut, Teile der inneren Organe und den Mageninhalt des Toten. Zustand und Menge der Stoffe, erklärt ein Lübekker Ermittler, seien „geradezu sensationell". Vor allem der Mageninhalt lasse „entscheidende Rückschlüsse" auf die Umstände des Todes zu. Barschel starb im Oktober 1987 im Genfer Hotel Beau-Rivage an einer Tablettenvergiftung. Über die Frage, ob der Christdemokrat die Medikamente alle selbst eingenommen haben kann, war im vorigen Jahr ein heftiger Gutachterstreit entbrannt.

F. BIESTEDT / OSTWESTBILD

Kohl, Münch

Filz

Kohl-Günstling gescheitert

Bundeskanzler Helmut Kohl ist im Haushaltsausschuß des Bundestages mit einem Versorgungsfall aufgelaufen. Der CDU-Chef wollte seinem gescheiterten Parteifreund Werner Münch einen 200 000-Mark-Posten zukommen lassen. Der ehemalige Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, der 1993 mit seiner gesamten Landesregierung über die Gehälteraffäre stolperte, sollte von Mai an für drei Jahre im Auftrag der Uno-Arbeitsorganisation in Uruguay ein Projekt gegen Kinderarbeit leiten. Die Abgeordneten, die das mit deutschen Steuergeldern in Höhe von 2,4 Milliarden Mark bezahlte Projekt noch gar nicht gebilligt hatten, lehnten die Finanzierung des Münch-Jobs ab. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit soll jetzt einen qualifizierten Bewerber über eine ordentliche Stellenausschreibung suchen. Und der muß – so gaben die Haushälter dem Entwicklungshilfe-Staatssekretär Wighard Härtl mit auf den Weg – etwas haben, was Münch nicht vorweisen kann: Erfahrung mit dem Problem der Kinderarbeit.

Thüringen

Koalitionskrach um Schuster

Der Streit um das Landtagsmandat des Thüringer Wirtschaftsministers Franz Schuster (CDU) droht die Große Koalition von Ministerpräsident Bernhard Vogel zu sprengen. Die SPD-geführten Ministerien für Justiz und Inneres kamen am vergangenen Freitag zu dem Ergebnis, der Christdemokrat sitze zu Unrecht im Landtag. Das Justizministerium in einer Expertise: „Dem Abgeordneten Schuster fehlte zum Zeitpunkt der Landtagswahl 1994 die zwingend erforderliche Wählbarkeitsvoraussetzung" – nämlich ein Hauptwohnsitz in Thüringen. Der Unionschrist ist in St. Augustin bei Bonn gemeldet. „Der Erwerb seiner Mitgliedschaft im Landtag", so das Gutachten, sei daher „ungültig". Nur mit politischem Druck kam der Minister an eine entsprechende Bescheinigung des zuständigen Einwohnermeldeamtes in Erfurt. Trotz der eindeutigen Rechtslage weigert sich der Minister mit Unterstützung seines Regie-

Milliardenverschwendung

Schonung für „Abzocker"

Die Bundesregierung spielt beharrlich die milliardenschwere Geldverschwendung beim Aufschwung Ost herunter. In seinem Bericht vor dem Wirtschaftsausschuß des Bundestages räumte Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP) am Mittwoch voriger Woche nur kleinere Pannen ein, an denen zumeist die ostdeutschen Gemeinden schuld gewesen seien. Gravierende Fälle allerdings, die auf das Konto der Bundesregierung gehen, ließ Rexrodt aus.

DPA

Entnahme von Wasserproben auf einem Giftsee in Wolfen

So ging es bei dem „Nationalen Sonderprogramm Bitterfeld/Wolfen" im Landkreis Bitterfeld drunter und drüber. Das damals von dem FDP-Politiker Wolfgang Rauls geführte sachsen-anhaltinische Umweltministerium zahlte für das Programm zur Umweltsanierung in den Jahren 1991 bis 1993 über 394 Millionen Mark aus, bewilligt waren aber für das von Bonn mit großem PR-Aufwand betriebene Projekt nur 235 Millionen Mark. Erst nach langem Suchen konnten die Verantwortlichen herausfinden, wo die Steuermillionen geblieben waren. Auch die westdeutsche Firma Lurgi langte kräftig hin. Allein dafür, daß sie der damaligen CDU/FDP-Landesregierung in Sachsen-Anhalt eine Konzeption für eine Abfallfabrik im Mansfelder Land zuschickte, stellte sie ein Honorar von 2,5 Millionen Mark in Rechnung. Bezahlt wurde schließlich die Hälfte. Der neue Staatssekretär Wolfram König (Bündnis 90/Grüne) schimpft: „Diese Abzockermentalität ist beileibe kein Einzelfall."

Die Bonner Übung, Verschwendung im Osten zu übergehen, kritisiert Horst Schröder, Rechnungshof-Präsident in Sachsen-Anhalt: „Dadurch fühlen sich doch alle bis hin zu den kriminellen Fällen nachträglich legitimiert." Der Rechnungsprüfer befürchtet, daß „durch die Äußerungen von Rexrodt in Zukunft ein effizienterer Einsatz der Mittel und wirkungsvollere Kontrollen noch schwerer durchzuführen" seien.